Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

262 (8.6.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige, Inserate 20 Pf. im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. **Karlsruhe, den 8. Juni 1900.**

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

205. Sitzung vom 7. Juni.

Das Haus ist gut besetzt.

1 Uhr. Am Tische des Bundesraths: Tirpitz, Frhr. von Thielmann u. A.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung der Deklaration des Artikels 35 zu der am 19. März 1897 zu Venedig unterzeichneten internationalen Sanitätsübereinkunft, betreffend Maßnahmen gegen die Einschleppung und Verbreitung der Pest.

Es handelt sich hierbei um die Bestimmung, daß jedes Pilgerschiff einen Arzt an Bord haben muß.

Die Deklaration wird ohne Debatte in erster und zweiter Berathung genehmigt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung der Flottenvorlage.

Die Berathung beginnt beim § 2, der die Bestimmungen über die Ersatzbauten enthält.

§ 2 wird debattelos angenommen, ebenso § 3 (Indienststhaltungen).

§ 4 setzt den Personalbestand der Schiffe fest.

Auch dieser Paragraph wird debattelos angenommen, desgleichen § 5 (Bereitstellung der Mittel).

§ 6 handelt von der Beschaffung der Mittel und lautet wörtlich:

Insoweit vom Rechnungsjahre 1901 ab der Mehrbedarf an fortdauernden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats der Marineverwaltung den Mehrertrag der Reichsstempelabgaben über die Summe von 53 708 000 Mk. hinaus übersteigt und der Fehlbetrag nicht in den sonstigen Einnahmen des Reiches seine Deckung findet, darf der letztere nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden.

Abg. Dr. **v. Siemens** (fr. Vg.): Ich habe nicht die geringste Hoffnung, daß meine Darlegungen irgend welchen Einfluß auf Ihre Beschlüsse ausüben werden. Dem landwirthschaftlichen Theil unter Ihnen war ja allerdings die „häßliche Flotte" recht unangenehm. Der Herr Abg. Hilpert hat es mit anerkennenswerther Offenheit ausgesprochen, und die Herren haben Recht: die Flotte stützt sich auf die industrielle Entwicklung, und die industrielle, schutzzöllnerische Entwickelung hat eine gewisse Verschiebung in der Bevölkerung hervorgerufen, womit die Arbeiternoth auf dem Lande ganz entschieden zusammenhängt. Ich glaube, daß die Herren Recht haben, die meinen, daß jeder Pfennig, den sie an Getreidezöllen verdient zu haben glauben, ihnen in Gestalt eines erhöhten Tagelohns wieder entzogen wird. Ich glaube, daß die Herren schließlich sich überzeugen werden, daß das System der erhöhten Getreidezölle ihnen so lange sehr wenig nützt, als es mit schutzzöllnerischer Industrieförderung verbunden ist. Ich verstehe also, daß die Herren zum Theil eine gewisse persönliche Empfindung gegenüber der Flottenvorlage hatten. Auch die katholische Fraktion, deren Hintermänner hauptsächlich im innern Deutschland sitzen und nicht an der Küste, hat keine besondere Begeisterung für die Flottenvorlage gehabt und hat sich erst in den letzten Wochen gegenüber dem Enthusiasmus der Bevölkerung für die Flottenvermehrung bekehrt und sich etwas rückwärts konzentrirt. Sie hat es unleugbar mit großem Geschick gethan, indem sie zu gleicher Zeit einen Ersatz für sich einzuheimsen suchte, der sie populär macht, ich meine durch die Belastung derjenigen Kreise, die nach Herrn Gröber die leistungsfähigen Kreise sind, die direkten Vortheil von der Flotte haben — oder, wie wir das ausdrücken, durch die Belastung der Börse. Nun, meine Herren, die verbündeten Regierungen haben ihrerseits nichts weiter gethan, als den Satz ausgesprochen: Wir wünschen keine direkten Steuern mehr. Die Liberalen haben in einer ehrlichen, naiven Flottenbegeisterung sich für die Flotte ins Geschirr gelegt. Sie konnten aber nichts bieten, sie konnten nur das bieten, was die Regierung nicht nehmen wollte, nämlich eine direkte Steuer, sei es, daß man sie Erbschaftssteuer, sei es, daß man sie Vermögenssteuer nennen wollte. Die wurde nicht acceptirt. Wer nichts zu bieten hat, dem wird gewöhnlich etwas genommen, so geschah es auch hier; es entstand eine Abmachung, ein fester Beschluß zwischen einer Reihe von Parteien, gegen den anzukämpfen meines Dafürhaltens eine Vermessenheit wäre. Wenn ich gegenüber dieser durchaus hoffnungslosen Lage hier noch einige Bemerkungen mir erlaube, so geschieht es nicht deswegen, um in Ihnen eine andere Ueberzeugung zu erwecken, sondern nur deswegen, weil ich auf gewisse prinzipielle Bedenken aufmerksam machen möchte, die vielleicht in späteren Jahren, wenn eine anderweitige Betrachtung der Dinge in einzelnen Fragen Mode geworden sein wird, eine gewisse Bedeutung haben können.

Die Hauptfrage, um die es sich hier handelt, betrifft diejenigen Steuern, die das meiste Geld einbringen sollen, das sind die Steuern auf die Börse, auf die Kuxe, auf die Konnossemente. Ich glaube, ich kann es beanspruchen, daß man mir eine gewisse Objektivität und Unparteilichkeit zutraut. In den Kommissionsberichten wird wiederholt bemerkt, daß in allen Eingaben, welche die betreffenden Börsenkorporationen und Handelskammern gemacht haben, eine außerordentliche Ueberschätzung der Gefahren hervorgetreten sei, und daß man eine Reihe von Dingen prophezeit habe, die später nicht eingetreten wären. Ich glaube — und ich berufe mich dabei auf die älteren Mitglieder —, daß man mir diesen Vorwurf nicht machen kann. Im Jahre 1885 bei dem Wedell-Malchowschen Antrage habe ich mit großer Klarheit ausgesprochen, daß diese Steuer ertragbar wäre, aber daß sie kommerzielle Folgen haben würde, die die Herren sehr zu bedauern hätten; ich habe noch dabei das Bild des Wasserkopfs Berlin gebraucht. Ich habe im Jahre 1889 wiederholt darauf aufmerksam gemacht, die Konsequenz dieser Steuern würde sein das Verschwinden des Mittelstandes und die Züchtung von großen Leuten und großen Kapitalisten, ich möchte beinahe sagen: eine künstliche Millionärzüchtung. Ich habe niemals verschwiegen, daß meine Interessen, sowohl als Person wie als Mitleiter eines großen Institutes hier, mich eigentlich — wenn ich nur meine persönlichen Interessen verfolgte — dahin bringen müßten, diesen Anträgen mit Begeisterung zuzustimmen. (Hört! hört! links.) So kann ich also auch heute wieder sprechen und kann Ihnen auch heute sagen, daß die Börse an sich durch alle Abgaben, die Sie ihr auferlegen, nicht untergehen wird. Die Börse ist so gut ein unentbehrliches Institut wie jedes Institut, das zur Befriedigung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse dient. Sie werden die Börse nicht abschaffen, so lange Sie Getreide verkaufen wollen; Sie werden sie nicht abschaffen, so lange sie Kaffee und Thee trinken, so lange Sie sich in baumwollene und wollene Sachen kleiden und diese Sachen an das Ausland zu bezahlen haben. Sie können nur eine Konsequenz erreichen, und diese Konsequenz wird jetzt wahrscheinlich eintreten: Sie können sie zu einem provinziellen Institut machen, Sie können das Machtmittel schwächen, welches, gut gebraucht, in wirthschaftlicher und in politischer Beziehung dem Lande die größten Dienste leisten kann. Vorweg möchte ich einen Irrthum berichtigen, nämlich den, als ob die Börse irgendwie etwas von der Steuer trüge, die Sie ihr auferlegen. Seit Noahs Zeiten hat noch niemals ein Kommissionär einen Pfennig Spesen oder Steuern bezahlt; der Kommissionär hat seinem Auftraggeber die Sache in Rechnung gestellt und es von ihm wieder einkassirt. Die Börse trägt also nicht einen Pfennig Steuern. Das, was eintritt, ist weiter nichts als die indirekte Schädigung des allgemeinen Geschäfts, das die Börse zu vermitteln hat, und insofern bin ich vollständig berechtigt, die Frage von einem ganz allgemeinen Gesichtspunkte aus zu betrachten. Es ist in den Kommissionsberathungen nach Zeitungsberichten das Wort „Verkehrsdusel" gefallen. Ich will nicht darauf eingehen, ob es Billigung oder Mißbilligung hervorgerufen hat. Es genügt, daß überhaupt die Empfindung vorhanden ist, und sie ist in der Nation vorhanden. Ich verstehe vollständig, daß Bevölkerungsklassen, welche die paterna rura mit ihren Ochsen pflügen und den Dampfpflug hassen, die am liebsten von selbstgesponnenem Tischtuch essen, eine gewisse Abneigung gegen den „Verkehrsdusel" haben. Aber unsere moderne Kultur ist aufgebaut auf dem entgegengesetzten Prinzip der Arbeitstheilung. Je mehr Sie Arbeit theilen, um so mehr müssen Sie Verkehr haben und der Verkehrsdusel ist nichts als der Ausdruck der Nothwendigkeit der Arbeitstheilung und der Fortentwickelung der Kultur. Es handelt sich hier nicht nur um eine nationale, sondern in noch höherem Maße um eine internationale Frage. Geld ist beweglich wie Luft und Wasser; hindern Sie den Zufluß, so geht es wo anders hin; befördern sie den Zufluß, so wird es sich eben von Andern einfinden. (Sehr richtig! links.) Unsere Fortschritte, die wir seit 1870 gegenüber andern Ländern gemacht haben, beruhen wesentlich auf unseren Verkehrserleichterungen. Wir haben dadurch einen Vorsprung gewonnen, der uns in den Stand gesetzt hat, den höchst interessanten finanziellen Kampf auszuhalten, den Frankreich nach 1870 mit uns führen wollte, als es uns durch die Vermehrung seiner Armee zur Vermehrung unserer Armee zwang und uns unter den finanziellen Lasten erdrücken zu können glaubte. Nur in Folge unserer Bewegungsfreiheit haben wir diesen Kampf siegreich bestehen können. Diese internationale Seite dürfen Sie nicht übersehen. Die Verkehrsfragen sind nicht nationale. Durch alle Nationen hindurch hat sich ein gewisses allgemeines Gefühl dafür geltend gemacht, wieviel man für gewisse Dinge bezahlen kann. Sie haben auf der ganzen Welt einen gleichmäßigen Getreidepreis. Sie haben auch eine ganze Reihe von Vermittelungsarbeiten, die gleiche Preise haben; dieser Zustand tritt auch bei der Geldvermittelung ein. Jede Bezahlung einer Dienstleistung setzt sich zusammen aus der Belohnung der Arbeitsleistung an sich und aus den Spesen. Die Spesen sind die Steuern. Je höher die Steuern sind, um so weniger kann der Arbeitleistende, der Kommissionär, für sich nehmen. Bei uns, wo die Spesen sehr hoch sind, sind die Courtagen sehr niedrig, und es ist fast der Nullpunkt erreicht. Die Frage ist jetzt, ob Sie, ohne zu schaden, noch weiter gehen können als jetzt oder nicht. Dies ist eine praktische Frage, die entschieden wird durch die Statistik und die Beobachtung der thatsächlichen Verhältnisse. Darum ist das Gesetz ein in hohem Maße politisches. Ich will die Bergwerksfrage, die Kuxen- und Konnessementsfrage bei Seite lassen; die Ziffern, um die es sich dabei handelt, sind ja nicht sehr groß, sie sind geschätzt auf zwei Millionen für die Schiffsfrachturkunden und spielen also bei der großen Erhöhung, die wir vorhaben, keine große Rolle. Es handelt sich nur um zwei Abgaben, um den Emissionsstempel und um den Umsatzstempel. Der Emissionsstempel ist wesentlich eine wirthschaftlich innere Frage, theils aber eine politische Frage gegenüber dem Auslande. In unserer wirthschaftlich inneren Situation dürfen Sie nicht übersehen, daß gegenwärtig in Folge der wirthschaftlichen Fortschritte die Entwicklung in solcher Weise vor sich geht, daß die Privatvermögen nicht mehr ausreichen, um die industriellen Bedürfnisse der Nation so zu befriedigen wie bisher. Wir müssen heute sehr viel größere Unternehmungen haben, und nach und nach werden alle bisher in Privatbesitz befindlichen großen Unternehmungen in Aktiengesellschaften sich verwandeln müssen. Es handelt sich also einfach um die wirthschaftliche Frage: welche Abgaben wollen Sie darauf legen, daß wir dies nothwendige Bedürfniß der Umformung unserer Industrie noch nach Bequemlichkeit vornehmen können? Es sind ja solche Abgaben oft erträglich, zu gewissen Zeiten spielen sie gar keine Rolle; aber zu Zeiten, wo sie durchaus nöthig sind, pflegen sie am allermeisten zu drücken. Andererseits tritt zugleich eine politische Wirkung ein. Wenn ein fremder Staat eine Anleihe oder so etwas aufnehmen will, so gehen die Verhandlungen los, der Unterhändler sagt dem fremden Minister: Ich kann Dir so und so viel geben für das Zinsversprechen. Die Kosten und die Spesen betragen so und so viel — und der Minister rechnet sich aus, was er bekommen kann; und zwar rechnet er das aus einmal nach dem Preise und zweitens kommt in Betracht ein gewisses politisches Moment, ob er wünscht, daß das von ihm vertretene Land seine Geldbedürfnisse bei der einen oder bei der andern Nation befriedigen soll — für dies imponderabile wird ja manchmal auch etwas bezahlt. Aber in diesem imponderabile liegt gleichzeitig ein gewisser politischer Werth. Noch etwas! Ich selbst habe auch einen großen Fehler gemacht: In den siebenziger, achtziger Jahren habe ich den Satz vertreten, es sei nicht vernünftig, kleine Aktien zu haben; ich habe z. B. einmal eine sehr schöne Rede gehalten gegen die Portier-Aktien. Ich bedauere das heute, und zwar an der Hand der Erfahrungen, welche wir in den letzten Jahren im wirthschaftlichen Wettbewerb mit England und Amerika haben machen müssen. Dort ist alles frei und es können dort Aktien über ganz kleine Beträge ausgegeben werden. Denken Sie nur an das Beispiel in Südafrika! Wir waren zur selben Zeit vor den Diamantminen wie die Engländer, die Diamantminen sind sogar von Deutschen entdeckt. Die Folge unseres Aktiengesetzes mit seinen großen Aktien aber war es, daß sämmtliche zur Ausbeutung der Goldminen gegründeten Aktiengesellschaften — und der Goldminenbetrieb, wenn er gut besorgt wird, ist ein ganz sicheres mechanisches Geschäft — heute in englischen Händen sind und daß ein großes Kapital, das Deutsche dorthin gebracht haben, nun unter englischer Verwaltung steht (Sehr richtig! links) und den Vorwand abgiebt für eine Reihe von Ansprüchen, welche die englische Regierung mit mehr oder weniger Recht gegenüber Transvaal erhebt. Wären wir frei gewesen, so würden wir möglicherweise unseren Antheil haben nehmen können, während wir nun unter englischem Schutze stehen und Alles mitmachen müssen, was man uns vorschreibt. Ich will die Sache hier nicht näher erörtern.

Weiter, meine Herren, ich glaube nicht an die Mehreinnahmen, wie sie in den Kommissionsberichten geschildert worden sind, die, wenn ich nicht irre, auf 11 Millionen für den Emissionsstempel und auf ungefähr 5 Millionen für den Umsatzstempel geschätzt worden sind. Ich meine, diese Einnahmen werden sehr viel geringer sein. Man hat die Vergleichsziffern der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, die den Beweis erbringen sollten, daß die Erhöhungen des Jahres 1894 fast gar nichts gewirkt haben, als willkürlich gruppirt bezeichnet und sich darauf gestützt, daß die Ziffer von 1894 kaum halb so hoch sei, wie die Ziffer von 1895. Diese Thatsache ist richtig, aber ich muß doch die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft hier vertheidigen. Die Ziffer von 1894 resultirt aus einer Krisis. Im Jahre 1893 hatten wir eine Krisis in Australien, eine in Argentinien und eine Krisis ersten Ranges in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Folge davon war eine Geschäftsbeschränkung allerersten Ranges, und die Ziffer von 1894 ist in Folge dessen eine künstlich niedrige und sehr viel niedriger als der Durchschnitt. Deshalb aber ist die Einnahme-Erhöhung in späteren Jahren nicht zu erklären aus der Steuererhöhung, sondern sehr wesentlich mit zugleich aus der Vermehrung und der natürlichen Wiedereinrenkung des Geschäfts. Nun macht man noch einen zweiten Einwand und sagt: Ja, wenn die Ziffern der späteren Jahre nur um weniges die Ziffern der früheren Jahre überstiegen hätten, so habe das daran gelegen, daß zugleich eine bestimmte Form des Börsengeschäfts, das Termingeschäft, eingeschränkt sei, und daß man dafür das Cassageschäft hat eintreten lassen. Die Wirkungen haben die Herren von der Landwirthschaft wohl im Jahre 1897/98 an ihrem eigenen Leibe erfahren können, denn im Herbst 1897 sind große Mengen Getreide zu niedrigerem Zinsfuß nach Oesterreich gegangen, die dann im Jahre 1898 um 20 oder 30 Mark höher wieder zurückgekauft worden sind. Die Unkenntniß des Marktes, die damals durch Aufhebung der Börse in unseren landwirthschaftlichen Kreisen verbreitet war (Sehr richtig! links), hat die Landwirthschaft ungezählte Millionen gekostet. Auch ist eine Reihe von Kapitalien, die man auf mehrere hundert Millionen berechnet hat, der Industrie und Landwirthschaft entzogen worden und hat gebraucht werden müssen, um den Mechanismus des Börsengeschäfts aufrecht zu erhalten. Die Kapitalerhöhung unserer Banken ergab sich daraus, daß man das Bedürfniß empfand, diesen Mechanismus rouliren zu lassen, und die Wirkung war die, daß der Zinsfuß nachtheilig beeinflußt wurde. Ich halte es nicht nur für wahrscheinlich, sondern sogar für ziemlich sicher, daß durch diese Maßregeln der Cours unserer Konsols und landwirthschaftlichen Pfandbriefe sehr wesentlich in der Richtung nach unten beeinflußt worden ist. (Hört! hört!) Also Sie haben sich dadurch bereits selbst ins Fleisch geschnitten. Trotzdem kann man vielleicht mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß keine Einnahme-Erhöhungen eintreten werden. Für alle die Erhöhungen, die nach der natürlichen Vermehrung des Nationalvermögens eintreten werden, wird höchstwahrscheinlich ein entsprechender Betrag aus dem Lande herausgehen, und andere Plätze werden die Geschäfte zu vermitteln suchen. Ich habe hier ein Rundschreiben der größten Bank der Welt, des Crédit Lyonnais in Paris, datirt Brüssel, Mai 1900, worin die Aufmerksamkeit auf Einrichtungen gelenkt wird, die man zur Aufbewahrung der Werthpapiere getroffen hat. Dort heißt es: „Aus der großen Zahl von Kunden, die uns bereits aus allen Orten Deutschlands zugegangen sind, dürfen wir wohl den Schluß ziehen" u. s. w. (Hört! hört!) Sie sehen, daß die Bewegung, die mit der Erhöhung aller Lasten unvermeidlich zusammenhängt, sich bereits vorbereitet. Sie werden mir zugeben, daß das unter allen Umständen eine Schwächung unserer deutschen Börse zur Folge haben muß. Nun sagen Sie: Was thut das? Da möchte ich doch darauf hinweisen, daß die Börsen bei uns im Laufe der Zeit ein politisches Machtmittel allerersten Ranges geworden sind. Glauben Sie, daß das Einvernehmen zwischen Rußland und Frankreich so innig geworden wäre, wenn nicht die Franzosen ungefähr 7 Milliarden russischer Werthpapiere aufgenommen hätten? (Sehr richtig!) Und als der Dreibund gegründet wurde — man kann dies erzählen — als die Franzosen Geld aus Italien zurückzogen und ihren Besitz an italienischen Papieren auf den Markt warfen, hat das in unseren diplomatischen Kreisen große Sorge erregt, und wir deutschen Bankiers sind nicht nur angegangen, sondern, ich möchte beinahe sagen, angewiesen worden (hört! hört! links), den italienischen Finanzen zu Hilfe zu kommen, bis die Verhältnisse sich eingerenkt haben. Gewisse politische Wirkungen sind also unbestreitbar. (Sehr richtig! links.) Der Kampf, der sich gegenwärtig zwischen Rußland und England in Persien abspielt, ist ein rein finanzieller. Die Engländer haben den Persern Vorschüsse gemacht und sich dafür Zölle verpfänden lassen; jetzt kommen die Russen und sagen: wir zahlen die Schulden zurück, habt ihr die Güte, die Zollverwaltungen wieder aufzuheben. Das ist ein Kampf um die politische Oberherrschaft, durchgeführt auf finanziellem Gebiete. Ehe wir nach Kiautschou gingen, hat in China ein sehr interessantes Gefecht stattgefunden um die Frage, wer den Chinesen das Geld geben sollte, mit dem sie die japanische Kriegsentschädigung zurückbezahlen konnten, und die Russen und Franzosen haben dabei den Sieg davongetragen. Wir sind erst später mit den Engländern gekommen und haben die anderen Anleihen später übernommen, aber die Vorbereitungen für alle diese Geschäfte liegen auf finanziellem Boden, und wenn Sie unsere Börsen schwächen, so schwächen Sie zugleich auch die politische Leistungsfähigkeit des Landes. (Sehr gut! links.) Noch weiter, meine Herren! Worauf beruht denn der Einfluß Oesterreichs auf Serbien? Er beruht darauf, daß in den Augenblicken, wo Serbien in Noth war, die österreichische Regierung der dortigen Regierung die nöthigen finanziellen Mittel durch ihre Bankiers zur Verfügung stellen konnte. Der letzte Fall, der jetzt vorgekommen ist, war der Fall mit dem Berner Schiedsgericht. Als dies erklärte, daß Portugal so und so viel zu bezahlen habe als Entschädigung für die Delagoabai, sind sofort auf der einen Seite die Engländer und auf der anderen Seite die Franzosen gekommen und haben der portugiesischen Regierung das Geld angeboten in der Hoffnung und Erwartung, daß damit auch politische Vortheile verbunden sein würden. Die französische Regierung macht aus der Sache geradezu ein System. In der letzten Zeit werden Sie gelesen haben, daß in Rumänien durch eine Reihe von Mißernten eine gewisse finanzielle Bedrängniß war. Die Regierung hat sich das nöthige Geld zu verschaffen gewußt. Aber für die Notirung an der Pariser Börse wurde die Bedingung gestellt, daß zugleich die Forderung eines Bauunternehmers in Höhe von einigen Millionen durch das Schiedsgericht geregelt würde. Einen ähnlichen Fall haben Sie jetzt in Bulgarien, wo durch Unvorsichtigkeit einer mehr patriotischen, als geschäftskundigen Regierung gewisse Bedrängnisse eingetreten sind. Da handelt es sich auch um die Frage, ob die bulgarischen Schatzscheine in Paris notirt werden können. In Deutschland kann das nicht geschehen, wir sind schon todt. (Heiterkeit.) Die französische Regierung hat die Notirung abhängig gemacht von der vorherigen Erledigung irgend eines Prozesses. Also, wie gesagt, eine kräftige Börse, die Konzentration der Geschäfte an einem Platze und die Schaffung eines großen Reservoirs kann von hoher politischer Bedeutung sein. Man hat den Vorwurf erhoben, auch gegen mich persönlich, daß bei diesen fremden Anleihen auch Verluste eingetreten seien. Ich glaube doch, auf Grund einer gewissen Sachkenntniß behaupten zu können, daß diese Verluste dreifach und vierfach überwogen worden sind durch die Gewinne, die die Nation aus allen diesen Serien gezogen hat. Fürst Bismarck hat gesagt: Setzen wir Deutschland nur erst in den Sattel, reiten wird es schon können. Wenn Sie aber neben das Pferd einen Stallmeister stellen, der immer sagt: Beuge vor, falle nur nicht

herunter! dann werden Sie im steeple chase nicht gewinnen. (Sehr richtig!) Nun handelt es sich in der gegenwärtigen Zeit doch, wie ich glaube, um ein gewisses steeple chase.

Die Zerstörung einer großen Kolonialmacht, Spaniens, der Streit zwischen England und Frankreich um Afrika erwecken große und weite Perspektiven. Ich will mich nicht über Weltmachtpolitik äußern, aber die Expansionskraft der Nation in einem solchen Augenblicke zu schwächen, halte ich für einen Fehler, namentlich wenn der Ertrag, den man erwartet, so unendlich gering ist, wie nach der Schätzung der verbündeten Regierungen. Es handelt sich hier um jährlich 15—17 Mill. Mk. und ich halte diese Ziffer noch für weit übertrieben; ich glaube, daß noch nicht die Hälfte richtig sein wird. (Hört! hört! links.) Wenn Ihnen Jemand sagen wollte: Du hast zwar hier eine gute Kanone, wenn du dir aber eine schlechte anschaffst, kannst du dabei 15—17 Millionen sparen, dann würden Sie den Mann wahrscheinlich höflich oder sogar unhöflich an die Thür bringen. Wenn Ihnen hier aber Jemand sagt: Du sollst ein außerordentlich nützliches und für deine politische Machtstellung wesentliches Instrument verkrüppeln, dann, meine Herren, laden Sie ihn höflich ein, Platz zu nehmen. Ich muß sagen — und das habe ich aussprechen wollen im Namen der kommerziellen Bevölkerung — ich halte das für den Gipfel der Inkonsequenz. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Richter** (freis. Vp.): Wenn wir diese ganzen neuen Steuergesetze auch für schädlich hielten, so haben wir doch immer mitgearbeitet, um nach Möglichkeit allzugroße Schäden zu verhüten. Ich kann das Centrum zwar nicht tadeln daß es die Deckungsfrage in Verbindung gebracht hat mit der Flottenvorlage und sich nicht auf den Standpunkt der Regierung gestellt hat, die da meinte, kommt Zeit: kommt Rath. Denn das dicke Ende kommt immer nach. Das haben wir bei der Militärvorlage noch gesehen, wo später ganze Industrien beunruhigt wurden. Ich hoffe, daß die jetzige Taktik des Centrums erzieherisch auf manche Kreise in Militär- und Marinefragen wirken wird. Ich halte jedoch die Vorschläge des Centrums nicht für richtig, ich würde es für richtiger halten, eine Steuer zu nehmen, die wir je nach Bedarf jedes Jahr bewilligen können, und deshalb haben wir auch eine bewegliche Reichsvermögenssteuer vorgeschlagen. Resolutionen allein nützen hier nichts, die sind häufig nichts als fromme Wünsche. Hier wäre die günstige Gelegenheit geboten, eine bewegliche Reichssteuer zu bekommen, und keine dauernde, denn die Regierung will ja überhaupt keine neuen Steuern, sie werden ihr aufgedrängt. Ueber die Schädlichkeit der vorgeschlagenen Emissions- und Umsatzsteuern kann ich mich in vielem dem anschließen, was der Vorredner gesagt hat. Es ist eine Thatsache, daß diese neuen Steuern gerade diejenigen am meisten quälen und ärgern, die am meisten in Flottenbegeisterung gemacht haben. Hätte ich wirklich eine boshafte Ader, die mir durchaus fehlt (Große Heiterkeit), so würde ich mich darüber freuen. Aber schließlich treffen die Steuern doch nicht diese Kreise, sondern den ganzen Volkswohlstand besonders kann ich das unterschreiben, was der Vorredner über den Emissions- und Kaufstempel gesagt hat; nicht die großen Banken, sondern in erster Linie die kleinen Provinzbankiers werden davon getroffen. Von all' den vorgeschlagenen Steuern sind wir nur für die Erhöhung des Lotteriestempels, nachdem man unseren Vorschlag einer beweglichen Reichsvermögenssteuer abgelehnt hat. (Beifall links.)

Abg. **von Kardorff** (Reichsp.): Meine Freunde werden für die Kommissionsvorschläge stimmen und jedes Amendement ablehnen. Wir sind der Meinung, daß auch die Höhe der neuen Steuern ausreichen wird, um die Bedürfnisse für die Marine für die nächsten Jahre zu decken. Die Kommission hat also auch hier das Richtige getroffen. In Bezug auf den Umsatzstempel sind meine Freunde getheilter Meinung, einige sind für 2 pro Mille, andere für 3. Herr von Siemens hat uns einen längeren politischen Vortrag gehalten, dessen Quintessenz es war, daß Geld eine große Macht ist. Ja, das haben wir Alle schon gewußt. (Heiterkeit.) Er hat auch von Verkehrsdusel gesprochen und die Agrarier dabei angegriffen, doch hat er dabei eine kindliche Auffassung, einen wahren Quartanerstandpunkt zur Geltung gebracht. Was Sie, Herr von Siemens, von den „paterna rura" gesagt haben, stimmt nicht. Auf dem Lande giebt es eben so viele gebildete Leute wie in den Städten. Das Wort vom Verkehrsdusel fiel, als die Rede von der Reisewuth der Deutschen war. Das Börsengesetz ging in einzelnen Theilen auch mir zu weit, ich hatte vor Allem nur das Verbot des Terminhandels in Getreide gewünscht und gab zu, daß das Börsengesetz auch mit zu dem hohen Diskont beigetragen hat. Wir Deutschen sind das einzige Volk, daß sein Gold spazieren gehen läßt (Heiterkeit), alle anderen Länder halten es fest. Die Politik unserer Reichsbank habe ich nie begriffen. Es ist gesagt, wir müßten uns von der englischen Börse emanzipiren. Ja, wenn das Wort nur mal wahr würde! Bisher thaten unsere Bankiers stets das Gegentheil. Wir befinden uns in sklavischer Abhängung von der englischen Börse. In der Währungsfrage sind wir England auch gefolgt.

Abg. **Bebel** (Soz.): Noch in der Kommission hat das Centrum den Standpunkt vertreten, daß zur Deckung sich nur eine Reichsvermögenssteuer eigne, erst auf den Widerspruch der Regierung hat es diesen Standpunkt verlassen und hat auf die Stempelsteuern zurückgegriffen und hier und da ein Milliönchen zusammengescharrt. Wenn man eine Reichsvermögenssteuer oder, wie wir es immer gewünscht haben, eine Reichseinkommensteuer für die großen Einkommen gewählt hätte, hätte man wirklich die leistungsfähigen Schultern belastet und Handel und Verkehr nicht getroffen, wie es jetzt geschieht. Hätte das Centrum kategorisch erklärt, ohne eine Reichsvermögens- oder Einkommensteuer bekommt Ihr keine Flotte, so hätte die Regierung auch nachgegeben. Jetzt fällt mit Ausnahme der winzigen Beträge für die Champagner- und Likörsteuer nichts auf die leistungsfähigen Klassen. Man hat uns unsere Ablehnung der Börsensteuer zum Vorwurf gemacht. Aber wir sind prinzipiell gegen jede Steuer auf Handel und Verkehr. Das Börsengesetz hat, wie Dr. Siemens heute wieder bewies, nicht die großen, sondern nur die kleinen Banken getroffen. Was meinen Sie wohl, daß die Herren Krupp und v. Stumm und die anderen direkten Interessenten zahlen müßten, wenn eine Reichsvermögenssteuer eingeführt würde? Mindestens 500 000 Mk., jetzt zahlen Sie von den vorgeschlagenen Deckungsmitteln keine 500 Mk. Im Reichstage sitzen eine ganze Reihe von schwerreichen Leuten, ich nenne nur die Herren Frhr. Heyl zu Herrnsheim, Graf Stolberg, Graf von Arnim; wenn all diese reichen Leute zu einer Reichsvermögenssteuer in unserm Sinne herangezogen würden, so würde der Reichstag allein mindestens 700 000 Mark aufbringen. Nach den jetzigen Steuervorschlägen aber wird der Reichstag keine 7000 Mark aufbringen.

Abg. Dr. **Paasche** (nl.): Bei der ganzen Berathung der Flottenvorlage ist mir nichts so unverständlich gewesen wie die Haltung der Sozialdemokraten, die der Abg. Bebel soeben lebhaft zum Ausdruck gebracht hat. Die Parteien, die das Zustandekommen des Gesetzes wollten, waren sich in der Deckungsfrage einig, auch hier den Grundsatz zu statuiren, der schon in dem § 8 des alten Flottengesetzes zum Ausdruck gebracht war, nur die wirklich leistungsfähigen Schultern zu treffen. Ich hätte daher, aufrichtig gesagt, einen so schroffen Widerstand der Sozialdemokraten nicht erwartet. Dem Abg. Bebel ist es auch heute noch nicht gelungen, ausschlaggebende Gründe für sein ablehnendes Votum zu erbringen. Selbst gegen die Erhöhung der Börsensteuer wollen die Sozialdemokraten stimmen. Herr Bebel, der heute so zärtlich für die Börse eintrat, führte aus, daß die Börse ein nothwendiges Institut, ein Organ des Handels und des Verkehrs sei, dem man keine neuen Lasten aufbürden dürfe. Ich möchte zunächst dem Einwand entgegentreten, als ob es irgend einem meiner politischen Freunde einfallen sollte, das auch von uns allseitig als nothwendig anerkannte Institut der Börse in irgend einer Weise lahmzulegen, so daß dadurch Schaden für die Allgemeinheit entstände. Aber die vorgeschlagenen Erhöhungen der Börsensteuer sind doch nur so minimal, daß die Kapitalisten, auch die kleinen, sie sehr gut werden tragen können und daß in keiner Weise die Gefahr besteht, daß der Verkehr an den Börsen irgendwie eingeschränkt werden könnte. Meine politischen Freunde, die die Flottenvermehrung im nationalen Interesse für durchaus nothwendig erachten, hätte auch ohne eine Deckungsvorlage für die Flottenvermehrung gestimmt. Wir haben uns aber in Bezug auf die Deckungsfrage der Mehrheit gefügt und haben in der Kommission voll und gerne mitgearbeitet. Wir freuen uns dieser Mitarbeit besonders deshalb, weil es möglich war, die Deckungsfrage so zu regeln, daß nur die leistungsfähigen Schultern getroffen würden. Die Regierung zwar hat keine neuen Steuern gewünscht, sie sind ihr in den Schooß geworfen, ohne daß sie sie wollte, ja die Regierung hat selbst erklärt, sie wisse garnicht, was sie mit dem Gelde anfangen solle. Es ist auch sogar das Wort gefallen, diese Steuerbewilligung für die Marine würde nur die Begehrlichkeit der andern Ressorts reizen. Wenn man unsere Finanzverhältnisse ansieht, so glaube ich nicht, daß man sagen kann, daß eine solche Gefahr besteht. Man darf doch nicht vergessen, daß in diesem Jahre unser Etat einen Schuldenbetrag von 75 Millionen aufwies, daß in den letzten 5 Jahren unsere Reichsschulden sich um 300 Millionen vermehrt haben. Auch im nächsten Jahre sollen 71 Millionen Anleihen aufgenommen werden. Die Anleihewirthschaft im Reich hat sich in einer Weise entwickelt, daß man sich bei ruhiger Betrachtung sagen muß: So darf es nicht weiter gehen. Wenn daher vom Reichstag dem Reiche jedes Jahr neue 50 Millionen zur Verfügung gestellt werden, so ist dies doch von großem Vortheil. Zumal in einer Zeit, wo der Staatskredit schon in einer Weise geschädigt ist, daß wir eine neue dreiprozentige Anleihe nur zu 86 Proz. ausgeben könnten, daß wir also bei der Ausgabe der Anleihe schon 14 Prozent verlieren. Unsere Schuldenlast ist nominell noch größer, als es den Ziffern entspricht, da wir nicht das ganze Geld bekommen haben. Ich meine, gerade die Herren von der Finanz sollten uns daher dankbar sein, wenn wir jetzt bewirken, daß es mit den Anleihen nicht so weiter geht. Nachdem meine Freunde die Finanzlage des Reiches von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet haben, waren sie durchaus dazu berechtigt, die Gelder zu bewilligen, die eventuell auch dazu dienen können, die Schulden des Reiches zu vermindern. Auch aus den Reihen des Centrums ist die Anregung gegeben, daß das Mehr aus den neuen Steuern, das sich in den ersten Jahren ergiebt, zur Schuldentilgung oder zur Abschreibung auf neue Anleihen verwendet werde. Meine Freunde würden ganz damit einverstanden sein, denn sie sehen eine der größten Gefahren der Entwicklung des deutschen Reiches darin, daß immer neue Schulden gemacht werden und die Schuldenlast in neue Milliarden steigt.

Herr Dr. von Siemens hat uns eine eingehende Schilderung von der Bedeutung der Börse gegeben. Ich unterschreibe Vieles von dem, was er gesagt hat. Niemand von uns verkennt die Bedeutung der Börse, Niemand denkt daran, sie lahmzulegen. Wenn man aber sagt, daß die vorgeschlagenen Steuern den Verkehr einschränken, den Kredit schwächen, den Geldmarkt gefährden und unseren politischen Einfluß schädigen werden, so kann ich das doch nicht zugeben. Es ist nicht wahr, daß wir die Börsen todtschlagen wollen. Der gewaltige Aufschwung unserer Industrie, von dem man immer spricht, wenn es gilt, andere Register aufzuziehen, ist trotz der Erschwerung des Börsenverkehrs, trotz Börsensteuern und Börsengesetz entstanden. Deshalb können die geringen Erhöhungen von einigen Zehntel Prozent unmöglich eine so schlimme Wirkung haben. In erster Linie kommt der Emissionsstempel in Betracht, aber dieser wird nur ein einziges Mal erhoben und ist so minimal, daß in keiner Weise Verkehrs- oder kommunale Interessen darunter leiden können. Der kleine Stempel wird keine Gemeinde davon abhalten, nothwendige Anleihen aufzunehmen. Wir haben dann die Erhöhung des Umsatzstempels bewilligt. Aber dieser trifft nur in- und ausländische Aktien, alle anderen Papiere sind frei gelassen. Bei den Aktien sind aber die täglichen Coursdifferenzen so groß, daß der Stempel unmöglich dazu beitragen kann, den Verkehr zu belasten. Was die Steuererhöhungen anlangt, so hat selbst Herr Bebel zugeben müssen, daß ein Theil von ihnen nur wohlhabende Klassen trifft. Ich aber möchte behaupten, daß alle diese Steuern Luxussteuern sind, das haben auch die Herren vom Reichsschatzamt zugegeben. Wir haben Bier und Branntwein sehr hoch besteuert, da durften wir es uns nicht entgehen lassen, auch die reinen Luxusgetränke höher zu besteuern. Herr von Siemens hat uns auch in sehr interessanter Weise dargelegt, welche große Macht die Börse als solche wäre. Mit andern Worten heißt das, daß Geld die Welt regiert. Aber doch nur das Geld, das Kapital, nicht die Börse als solche, die Macht des Kapitals ist es, die die Welt regiert, aber das Kapital ist doch im Volke vertheilt. Wenn das deutsche Volk reich an Kapital ist, so werden auch die Banken und Börsen reich an Kapital sein. Und wenn im deutschen Volke unter dem Schutze von Heer und Marine der Friede gesichert ist, die Wohlfahrt blüht, das Kapital wächst, dann werden wir auch politische Macht ausüben können, ohne daß Heer und Flotte selbst in Aktion treten. Auch in diesem Sinne ist eine starke Flotte eine nothwendige Voraussetzung dafür, daß Deutschland kapitalkräftig bleibt und sein Reichthum sich mehrt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf **Kanitz** (kons.): Die Lasten der Flottenvermehrung müssen von denen getragen werden, die den direkten Vortheil von der Flottenvermehrung haben. Und es kann nicht bezweifelt werden, daß die Börse großen Nutzen von der Vorlage hat. Herr v. Siemens hat also keinen Grund, sich über die Erhöhung des Börsenstempels zu beklagen. Mit dem Beschlusse über den Emissionsstempel bin ich nicht zufrieden. Man hätte den Stempel für ausländische Werthe mehr erhöhen sollen als den für inländische. Wir leiden daran, daß ein zu großer Theil unseres Nationalvermögens ins Ausland fließt. Die Regierung hat uns ja vorgerechnet, wieviel deutsches Kapital wir im Auslande haben. Sie hätte dabei allerdings das Kapital der Leute, die selbst im Auslande wohnen, nicht mitzählen sollen. Denn wegen dieser Leute brauchen wir die Flotte nicht zu verstärken, da sie keinen Pfennig zur Deckung der Kosten beitragen. Die Flottenverstärkung wird wieder neues Kapital für industrielle Werthe mobil machen; die Banken werden hiervon den Nutzen haben. Und ich bin der Meinung, daß schon viel zu viel Kapital in industriellen Unternehmungen angelegt ist. Bevor die neuen Steuern nicht unter Dach und Fach gebracht sind, bin ich nicht in der Lage, definitiv für die Flottenvorlage zu stimmen.

Abg. **Gröber** (Ctr.): Durch die Lösung der Deckungsfrage sind viele schwere Bedenken, die das Centrum gegen die Vorlage hatte, beseitigt worden. Die Regierung wollte die Flottenvermehrung zum Theil durch Anleihen decken. Damit konnten wir uns nicht einverstanden erklären. Die Lebensdauer der Schiffe beträgt 20 bis 25 Jahre; es muß also jede Generation ihre Flotte selbst bezahlen und nicht auf Kosten späterer Generationen bauen. Wenn die Kosten durch Anleihe gedeckt worden wären, so wären die Zinsen durch die indirekte Besteuerung von Massengütern aufgebracht worden. Das wollten wir nicht, wir wollten, daß die Kosten auf die starken Schultern gelegt werden, ohne daß die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten erhöht werden. Schon der jetzige Zustand ist für die Einzelstaaten sehr unangenehm. Wenn die Matrikularbeiträge erhöht würden, so würden die Einzelstaaten ihre Ausgaben für kulturelle Zwecke, besonders für die Schule, vermindern müssen. Das würde manche Mißstimmung erregen; es wäre für den Reichsgedanken sehr gefährlich, wenn man die Matrikularbeiträge weiter erhöhen wollte. Nun hat man getadelt, daß wir nicht andere Steuern, z. B. die Reichseinkommensteuer, beantragt haben. Eine solche Einkommensteuer würde die Haupteinnahmequelle der Einzelstaaten unterbinden; sie würde die Mediatisirung der Einzelstaaten bedeuten. Aehnlich steht es mit der Reichsvermögenssteuer. Allerdings habe ich in der Kommission eine Reichserbschaftssteuer angeregt. Aber ich habe für meinen Gedanken wenig Gegenliebe gefunden und mußte daher davon absehen. Es blieben also nur indirekte Steuern übrig. Hier hat Graf Kanitz eine Weinsteuer vorgeschlagen. Mich wundert, daß gerade von agrarischer Seite dieser Vorschlag gekommen ist; denn diese Steuer würde hauptsächlich die Agrarier treffen, allerdings nicht die des Ostens, aber des Westens und Südens. (Lebhafte Zustimmung. Zuruf rechts: Graf Kanitz hat nur für seine Person gesprochen!) Dann will ich damit meine Kräfte nicht länger vergeuden. (Heiterkeit.) Herr v. Siemens hat von der „katholischen" Fraktion gesprochen. Es ist nicht üblich, eine Fraktion nach der Konfession der Mehrheit ihrer Mitglieder zu benennen. Herr v. Siemens dürfte doch den Namen meiner Fraktion kennen. Er hat ferner die Börse sozusagen als das Herz Deutschlands charakterisirt. Darin folgen wir ihm nicht; wir suchen das Herz des Volkes im gesunden Mittelstande. Und dieser hat sehr wenig mit der Börse zu thun. Die Börsensteuer trifft nicht den Mittelstand, sondern lauter sehr leistungsfähige Schultern. Daß die Sozialdemokraten hier wieder für die Börse eingetreten sind, hat mich nicht gewundert. Es hat sich hier wieder gezeigt, daß die Sozialdemokraten die Schutztruppe der Börse sind. (Lebhafte Zustimmung. Widerspruch bei den Soz. Abg. Bebel ruft: Einfach unverschämt!)

Präsident Graf **Ballestrem** ruft den Abg. Bebel wegen seines Zurufs zur Ordnung.

Abg. **Gröber** (fortfahrend): Man hat bei jeder Erhöhung der Börsensteuer geklagt und gejammert; aber niemals sind die schwarzen Prophezeiungen eingetreten. Ebenso wird es auch jetzt gehen. Sollte das Haus bei der Festsetzung der Steuern noch erheblich hinter die Kommissionsvorschläge zurückgehen, sollten die Steuern so herabgemindert werden, daß sie erheblich geringere Beträge abwerfen als nach den Kommissionsbeschlüssen, so müssen wir uns vorbehalten, in dritter Lesung gegen das Flottengesetz zu stimmen. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Rickert** (fr. Vg.): Wenn das Haus die Flotte nur unter der Bedingung der Einführung einer Reichserbschaftssteuer bewilligt hätte, so würden die Regierungen dieser Steuer sicher zugestimmt haben. Es ist heute sehr viel vom Mittelstand gesprochen worden. Was verstehen Sie denn darunter? Wir wissen das nicht. (Heiterkeit.) Das sind Schlagworte, die Sie in Volksversammlungen gebrauchen können, mit denen Sie aber hier keine Wirkung erzielen. Die Reichserbschaftssteuer hat allerdings einen großen Mangel, nämlich, daß sie ihrer Natur nach unbeweglich ist. Früher, in der Session 97/98, ist das Centrum, auch Herr Gröber, für Reichszuschläge zu der Einkommensteuer eingetreten. Ei, ei, Herr Gröber, so schnell ändern Sie Ihre Ansicht? Wir bedauern es lebhaft, daß wir nicht bei dieser Gelegenheit zu einer qualifizirbaren direkten Steuer gekommen sind. Nur durch eine solche Steuer ist es möglich, die Unzuträglichkeiten des jetzigen Steuersystems zu beseitigen.

Abg. Dr. **v. Siemens** (fr. Vg.): Die Befürchtungen, die man an das Börsengesetz geknüpft hat, haben sich zum großen Theil erfüllt. So ist z. B. die Befürchtung eingetroffen, daß die Steuer auf eine Reihe von geschäftlichen Verhältnissen demoralisirend wirken würde. Es ist mir vorgeworfen worden, daß ich heute gesprochen habe obgleich ich selbst zur Börse gehöre. Ich erwidere darauf: Ich habe mich in den Reichstag wählen lassen, nicht um persönliche, sondern um allgemeine Interessen zu vertreten. Wenn man mir deshalb einen Vorwurf macht, so bin nicht ich zu bedauern, sondern der, der mir einen solchen Vorwurf macht.

Abg. Graf **Kanitz** (k.): Ich habe meinen Vorschlag mit der Weinsteuer nur an die Adresse des Herrn Bebel gerichtet, der gesagt hat, man müsse die reichen Leute besteuern. Ich habe gesagt: Man besteuert alles Mögliche; vielleicht könnte man auch einige feine Weine besteuern. Warum hat die Linke eine solche Steuer nicht vorgeschlagen? Ich betone, daß ich diese Bemerkungen nur für meine Person, nicht im Namen der Fraktion gemacht habe.

Abg. **Bebel** (Soz.): Weshalb wir gegen die vorgeschlagenen Steuern stimmen, habe ich eben schon erklärt. Wenn Sie die Börsengeschäfte für unmoralisch halten, so müssen Sie sie unterdrücken und dürfen sich nicht mit einer einfachen Besteuerung begnügen. Wir haben eine große Zahl kleine Bankiers, die zum Mittelstande gehören. Gerade diese würden durch die Steuer getroffen. Das nennen Sie dann Mittelstandspolitik. Wenn das Centrum ernsthaft eine direkte Reichssteuer gewollt hätte, so hätte es darauf bestehen oder die Flotte fahren lassen sollen. Hierzu hätten Sie den Muth haben müssen! Sie bewilligen immer, aber Sie wollen die Kosten nicht auf sich nehmen.

Abg. **Richter** (fr. Vp.): Das Centrum droht, gegen das Gesetz zu stimmen, wenn die Steuern nicht in seinem Sinne angenommen würden. Diese Drohung kann uns nicht erschrecken. Da müssen Sie (zum Centrum) sich an Ihre nächsten Nachbarn, die National-Liberalen, wenden. Sie sagen: Wenn die Stempelsteuer nicht bewilligt wird, so lassen wir die Flotte fallen. Also: Ihre ganze Begeisterung für die Weltpolitik, Ihr ganzer Enthusiasmus wiegt nicht mehr als das $^1/_{10}$ Proz. der Stempelsteuer. (Heiterkeit.) Das ist die „gräßliche" Flotte. (Heiterkeit.) Wenn Sie meine Vorschläge nicht mit Gründen, sondern mit einem schroffen „sic volo sic jubeo" bekämpfen, so spricht das nicht für Ihre Sache.

Abg. **Gröber** (Ctr.): Wir wollten nur unsere Stellung klarlegen. — Herr Rickert hat in meinem Verhalten einen Widerspruch entdeckt. Unser Vorschlag von 1897 ist aber abgelehnt worden, und wir haben daraus gelernt.

Hiermit schließt die Diskussion.

§ 6 wird unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und freisinnigen Volkspartei.

Zur Flottenvorlage hat die Kommission folgende Resolutionen beantragt: der Reichstag wolle beschließen,

I. 1. daß vom Rechnungsjahre 1901 ab im Etat für die Verwaltung der kaiserlichen Marine die vollen Kosten für Armirungen (statt bisher zwei Drittel) und von den Schiffsbaukosten sechs (statt bisher fünf) Prozent des Werthes der Flotte auf den ordentlichen Etat übernommen werden; 2) daß der aus der Aenderung des Reichsstempelgesetzes noch verbleibende Ueberschuß zur Verminderung der Reichsschuld nach Maßgabe der hierüber im Etat zu treffenden Bestimmungen Verwendung finde;

II. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß im Interesse der Landwirthschaft und zum Zweck deren Versorgung mit den nöthigen Arbeitskräften die deutschen Reichsgrenzen für den erforderlichen Zuzug fremdländischer Arbeiter geöffnet werden;

III. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, spätestens Anfang der nächsten Session des Reichstags einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Besteuerung des Saccharins und ähnlicher Süßstoffe in einer der bestehenden Zuckersteuer und der Süßkraft der künstlichen Süßstoffe entsprechenden Höhe gesichert wird.

Diese Resolutionen werden angenommen.

Gegen die Resolutionen unter I und III stimmen die Sozialdemokraten und freisinnige Volkspartei, gegen die Resolution II außerdem auch die National-Liberalen, die sich ihre endgiltige Stellungnahme jedoch noch vorbehalten; ferner die Abgg. Fürst Bismarck (b. k. F.), Graf Arnim (Rp), Graf Stolberg (k.), Frhr. v. Tiedemann (Rp.).

Damit ist die zweite Lesung der Flottenvorlage erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr (2. Lesung der Stempelsteuer- und Zollgesetze).

Schluß 5½ Uhr.

Verantwortlicher Redacteur Felix v. Eckardt,
Druck u. Verlag der Badischen Landeszeitung G. m. b. H. in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg